

**Niederschrift**

Gremium	Sitzung - FG/102(IV)/09			
	Wochentag, Datum	Ort	Beginn	Ende
Finanz- und Grundstücksausschuss	Mittwoch,  11.03.2009	Altes Rathaus, Hansesaal	17:00Uhr	20:15Uhr

**Tagesordnung:**

**Öffentliche Sitzung**

- 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
- 1.1 Bestätigung der Tagesordnung
- 1.2 Genehmigung der Niederschrift vom 11.02.2009

**Öffentliche Sitzung**

- 4 Beschlussvorlagen
- 4.1 Ablaufplan zur Erarbeitung des Haushaltsplanes 2010 (Finanz- und Ergebnisplan)  
Vorlage: I0019/09  
BE: FB 02
- 4.2 Konjunkturelle Entwicklung/wirtschaftlicher Stand MHG  
BE: Bg III

5 Anträge und Stellungnahmen

5.1 Integriertes Sozialzentrum  
Vorlage: A0239/08

5.1.1 Integriertes Sozialzentrum  
Vorlage: A0239/08/1

5.1.2 Integriertes Sozialzentrum  
Vorlage: S0022/09

BE: Dez. V

5.2 Stadtteilmanager für Neue Neustadt  
Vorlage: A0240/08

5.2.1 Stadtteilmanager für Neue Neustadt  
Vorlage: A0240/08/1

5.2.2 Stadtteilmanager für Neue Neustadt  
Vorlage: S0042/09

BE: Amt 61

5.3 Verwendung von HH-Ausgaberesten  
Vorlage: A0244/08

5.3.1 Verwendung von HH-Ausgaberesten  
Vorlage: S0034/09

BE: FB 02

Anwesend:

**Vorsitzende/r**

Stadtrat Hans-Dieter Bromberg

**Mitglieder des Gremiums**

Stadträtin Karin Meinecke

Stadtrat Walter Meinecke

Stadtrat Dr. Kurt Schmidt

Stadtrat Hilmar Schoenberner

Stadtrat Reinhard Stern  
Stadtrat Alfred Westphal  
Stadträtin Beate Wübbenhorst

**Vertreter**

Stadtrat Hubert Salzborn

**Mitglieder des Gremiums**

Stadtrat Gunter Schindehütte

Öffentliche Sitzung

---

1. Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

---

Herr Bromberg eröffnet die Sitzung und stellt die Beschlussfähigkeit fest. Zu Beginn der Sitzung sind 7 Stadträtinnen und Stadträte anwesend. Herr Schindehütte wird von Herrn Salzborn vertreten.

1.1. Bestätigung der Tagesordnung

---

Die Tagesordnung wird mit 7 – 0 – 0 bestätigt.

1.2. Genehmigung der Niederschrift vom 11.02.2009

---

**Die Niederschrift vom 11.02.2009 wird mit 6 – 0 – 0 bestätigt.**

**Die Niederschrift vom 25.02.2009 wird mit 6 – 0 – 0 bestätigt.**

**Nachtrag zum Protokoll des FG vom 14.01.2009 TOP 4.6 – DS0584/08:**

**Der FG war nicht beschließendes Gremium dieser DS, daher muss es richtig heißen:**

**Die Drucksache wird dem Betriebsausschuss mit 7 – 0 – 0 zur Beschlussfassung empfohlen.**

**Die Beschlussnummer entfällt.**

Öffentliche Sitzung

---

4. Beschlussvorlagen

---

4.1. Ablaufplan zur Erarbeitung des Haushaltsplanes 2010 (Finanz- und Ergebnisplan)  
Vorlage: I0019/09

---

**Herr Zimmermann** stellt zur vorliegenden Information fest, dass die Aufstellung des ersten doppischen Haushaltes für die Landeshauptstadt Magdeburg eine große Herausforderung ist. Sollte es im Verlauf des Zeitplanes zu Störungen kommen, wird man dies rechtzeitig signalisieren. Dennoch ist die LH MD bemüht im Dezember wieder einen bestätigten Haushalt vorlegen zu können.

**Herr Stern** fragt nach dem Konjunkturpaket. Er möchte wissen, inwieweit dies beim Eckwertebeschluss am 25.03.2009 Berücksichtigung findet.

**Herr Zimmermann** führt aus, dass zum Eckwertebeschluss der Kreditumfang, die Budgets und die Investitionsprioritätenliste vorgelegt werden. Das Konjunkturpaket wird separat behandelt. Allerdings muss in diesem Zusammenhang die Sicherung der Eigenmittelbereitstellung geklärt werden.

Die Information zum Ablauf der Erarbeitung des Haushaltsplanes 2010 wird ohne weitere Diskussion zur Kenntnis genommen.

4.2. Konjunkturelle Entwicklung/wirtschaftlicher Stand MHG

---

**Herr Bromberg** begrüßt die Vertreter der Magdeburger Hafen GmbH und übergibt das Wort an Herrn Ehrhardt.

**Herr Ehrhardt** erläutert umfangreich und mit Hilfe einer Präsentation die Bedeutung und den derzeitigen Stand der Magdeburger Hafen GmbH. Besonders geht er dabei auf die Rolle als bedeutender Binnenhafen und Logistikstandort ein. Er spricht über das voraussichtliche Jahresergebnis 2008 und gibt einen Ausblick auf das Jahr 2009.

**Herr Nitsche** bekräftigt die Aussagen von Herrn Ehrhardt, gibt einige ergänzende Erläuterungen und informiert die Anwesenden über ein mögliches Logistikstudium an der Universität, wobei die Studenten Erfahrungen vor Ort sammeln können. Er betrachtet den Magdeburger Hafen als „Fenster zur Welt“.

**Herr Stern** ist erfreut über die erfolgreiche Entwicklung des Magdeburger Hafens und möchte wissen wohin die Entwicklung bezüglich der Binnenschiffgröße führt. Gleichzeitig äußert er sich positiv zur „Heimfallklausel“ welche in Verträge bei Veräußerungen eingebaut wird.

**Herr Ehrhardt** sagt zum Hintergrund der „Heimfallklausel“, dass bei Wegfall der ursprünglichen Nutzung die Grundstücke verloren wären, so aber die Chance besteht sie wieder zurückzubekommen, wenn auch mit zusätzlichem finanziellen Aufwand. Des Weiteren führt er aus, dass durch die Anbindung an den Elbe-Seiten-Kanal Schiffe jeder Größe in Magdeburg abgefertigt werden können.

**Herr Dr. Schmidt** bedankt sich für den Vortrag und fragt nach dem Stand des Hafens im bundesweiten Ranking.

**Herr Ehrhardt** sagt, dass die LH MD derzeit an der 13 Stelle steht, aber Platz 10 anvisiert.

Auch **Herr Bromberg** bedankt sich für die Ausführungen von Herrn Ehrhardt und hegt die Hoffnung, dass die Hafen GmbH ggf. auch ohne die frei gemeldeten HH-mittel auf das geplante Betriebsergebnis in 2009 kommt.

## 5. Anträge und Stellungnahmen

---

### 5.1. Integriertes Sozialzentrum Vorlage: A0239/08

---

#### 5.1.1. Integriertes Sozialzentrum Vorlage: A0239/08/1

---

#### 5.1.2. Integriertes Sozialzentrum Vorlage: S0022/09

---

**Herr Bromberg** geht nochmals auf den vorliegenden interfraktionellen Antrag ein und verweist auf die positive Stellungnahme der Verwaltung.

**Herr Westphal** spricht sich für eine Kenntnisnahme des Sachverhaltes aus, da es sich um einen Prüfauftrag ohne „Zahlen“ handelt.

**Herr Brüning** gibt einige ergänzende Erläuterungen sowohl zum Antrag, als auch zur Stellungnahme. Entsprechend der Verwaltungsaussagen führt der Antrag nicht zwangsläufig zu einem höheren finanziellen Aufwand.

**Herr Dr. Schmidt** sieht im Moment wenig Diskussionsbedarf, da die Prüfungsergebnisse erst bis zum 30.09.2009 vorgelegt werden sollen.

**Herr Salzborn** möchte wissen, was sich bei Zustimmung zum Antrag positiv grundlegend ändern wird.

**Herr Brüning** sagt, dass hierzu erstmal eine Analyse der „Sozialräume“ erforderlich ist. Nach Auswertung anderer Sozialbereiche ist ein Pilotprojekt denkbar, wobei dann auf vorhandene Ressourcen zurückgegriffen werden sollte.

**Herr Stern** sieht die Entstehung eines Sozialzentrums mit gemischten Gefühlen, da die Aufgaben bereits jetzt erfüllt werden. Außerdem sollte sich der FG dieser Thematik erst nach dem 30.09.2009 annehmen, sofern dann Zahlen vorliegen.

**Frau Wübbenhorst** spricht sich für eine Unterstützung der Stadtteilführer der GWA´s aus.

Die Anträge und die Stellungnahme werden von den Anwesenden zur Kenntnis genommen.

5.2. Stadtteilmanager für Neue Neustadt  
Vorlage: A0240/08

---

5.2.1. Stadtteilmanager für Neue Neustadt  
Vorlage: A0240/08/1

---

5.2.2. Stadtteilmanager für Neue Neustadt  
Vorlage: S0042/09

---

**Herr Bromberg** gibt einige ergänzende Erläuterungen zum vorliegenden Antrag.

**Herr Salzborn** stellt fest, dass über den Bedarf nicht zu diskutieren ist, sondern mit der Verwaltung über die kurzfristig Umsetzung des Antrages gesprochen werden muss. Er verweist auf einen Sozialarbeiter, der derzeit eine Teilzeitstelle im „Knast“ hat und ggf. eine derartige Tätigkeit kurzfristig aufnehmen könnte.

**Herr Westphal** sagt, dass man sich die Frage stellen muss, ob ein Stadtteilmanager gewünscht ist und wenn ja, muss sofort nach einer Finanzierungsmöglichkeit gesucht werden. Nur so macht die Angelegenheit Sinn.

**Frau Meinecke** spricht sich dafür aus jetzt einen Stadtteilmanager einzusetzen und später, aufgrund der Größe des Gebietes, eine Teilung in Alte und Neue Neustadt zu vollziehen.

**Herr Hermann** sieht die Chancen auf den Einsatz eines zusätzlichen Stadtteilmanagers als eher schlecht an.

**Herr Bromberg** vertritt die Auffassung, dass bei der Umsetzung die Beteiligung eines freien Trägers erfolgen könnte.

**Herr Brüning** bekräftigt diese Aussage, stellt aber gleichzeitig fest, dass nicht unbedingt eine neue Stelle geschaffen werden muss, sondern eine Lösung mit den vorhandenen Personalressourcen gefunden werden könnte. Hier ist die Voraussetzung, dass die Stelle ausreichend beschrieben wird.

**Herr Stern** sagt, dass es sich nicht um eine ehrenamtliche Tätigkeit handelt und demzufolge eine Ausschreibung erfolgen muss.

**Herr Westphal** wundert sich, da das Stadtteilmanagement eine soziale Aufgabe ist, dennoch im Amt 61 angesiedelt ist. Dem FG sollte eine Aufgabenbeschreibung einschließlich einer möglichen Finanzierung vorgelegt werden und dieser gibt dann eine Empfehlung für den Stadtrat.

**Herr Hermann** stellt für eine entsprechende Ausschreibung einen Aufgabenkatalog in Aussicht. (Anlage 1)

Alle Anwesenden sind sich einig, dass der Einsatz eines Stadtteilmanagers in Neustadt kurzfristig erfolgen sollte. Es ergeht daher folgender Ergänzungsantrag an den Stadtrat.

**„Es sind Möglichkeiten des vorgezogenen Einsatzes bei entsprechender Finanzierung zu prüfen.“**

**Alle vorliegenden Anträge werden dem Stadtrat mit 9 – 0 – 0 zur Beschlussfassung empfohlen.**

5.3. Verwendung von HH-Ausgaberesten  
Vorlage: A0244/08

---

5.3.1. Verwendung von HH-Ausgaberesten  
Vorlage: S0034/09

---

**Herr Bromberg** möchte wissen, warum die Presse bereits über die Haushaltsausgabereiste (HAR) berichtet hat und diese erst jetzt im FG zur Diskussion stehen.

**Herr Zimmermann** weist die Kritik zurück. Die Information zu den HAR wurde letzte Woche nach Beratung in der OB – DB freigegeben und sind damit für jeden zugänglich. Gleichzeitig führt er aus, dass die Verwendung entsprechend des gesetzlichen Rahmens erfolgen muss und darüber hinaus keine Möglichkeiten bestehen. Er ist der Auffassung, dass bis jetzt der „Umgang“ mit den HAR recht ordentlich funktioniert hat.

**Herr Dr. Schmidt** stellt fest, dass nur weil Vorhaben über den Jahreswechsel gehen, keine neuen Beschlüsse herbeigeführt werden müssen.

**Herr Westphal** sieht in der Beschlussfassung des Antrages die Möglichkeit der Veränderung des System, so dass man die HAR auch zur Verringerung des Defizits nutzen kann.

**Herr Salzborn** gibt seine Zustimmung zum Antrag und meint, dass die Konsolidierung wichtigste Priorität hat.

**Herr Bromberg** sieht den Antrag auch unter dem Aspekt, dass dem Dez. II die Ursachen der Übertragungen benannt werden und damit eine bessere Einflussnahme möglich wird.

**Herr Westphal** vertritt die Auffassung, dass die Verwaltung ungern die HAR bekanntgibt sowie deren Verwendung.

**Herr Dr. Schmidt** versteht das tiefe Misstrauen gegenüber der Verwaltung nicht, es handelt sich hier um ganz normale Verwaltungstätigkeiten.

**Herr Meinecke** bekundet seine Zustimmung zur Stellungnahme der Verwaltung und vermutet den Widerspruch des Oberbürgermeisters zum vorliegenden Antrag.

**Herr Stern** verteidigt den Antrag, es soll ein Weg gefunden werden, wie künftig mit den HAR verfahren werden soll. Außerdem soll der Antrag keine Kritik an der Arbeit des Dezernates II sein.

**Herr Zimmermann** erläutert nochmals die Entstehung der HAR. Hinter allen durchzuführenden Vorhaben stehen entsprechende Beschlüsse des Stadtrates. Durch verschiedene Probleme, wie verspätete Bewilligung von Fördermitteln, Verzögerungen im Bauablauf, Wetterwidrigkeiten u. ä., kann es zu Verzögerungen im Bauablauf oder der Durchführung von Vorhaben und somit zur Bildung von HAR kommen. Selbstverständlich wird die Verwaltung alle Unterlagen diesbezüglich offenlegen. Allerdings muss diese Untersetzung in Zusammenarbeit mit den Ämtern und Fachbereichen erarbeitet werden.

**Herr Bromberg** schlägt aufgrund der Aussagen von **Herrn Zimmermann** vor den Antrag zu präzisieren.

Im gemeinsamen Einvernehmen erhält der Antrag A0244/08 folgenden Wortlaut und wird dem Stadtrat als Änderungsantrag zur Beschlussfassung vorgelegt.

**Der Stadtrat möge beschließen:**

**Der Stadtrat behält sich den Grundsatz vor, abschließend über die Verwendung von nicht mehr benötigten Haushaltsausgaberesten (HAR) eines jeden vergangenen Haushaltsjahres zu entscheiden.**

**Die Vorschlagsinitiative zur Verwendung aller nicht mehr benötigten Haushaltsausgabereste (HAR) obliegt dem Ausschuss für Finanzen und Grundstücksverkehr. Grundsätzlich entscheidet der Oberbürgermeister bis zu einer Summe von 100.000 EUR über die Verwendung und informiert den FG zeitnah. Der FG entscheidet bis 500.000 EUR und darüber hinaus der Stadtrat.**

**Die Fachausschüsse sind bei der Entscheidung der jeweiligen Mittelverwendung durch den Ausschuss für Finanzen und Grundstücksverkehr einzubeziehen.**

**Der Oberbürgermeister ist angehalten, den Stand (die Summe) der HAR dem Stadtrat und dem Ausschuss für Finanzen und Grundstücksverkehr, nach Vorliegen der ersten bewertbaren Gesamtübersicht, spätestens jedoch zum 15.03. eines jeden Folgejahres, vorzulegen. Gleichzeitig wird der FG über die Gründe der Übertragung informiert.**

**Der Änderungsantrag wird dem Stadtrat mit 5 – 1 – 3 zur Beschlussfassung empfohlen.**

Die Niederschrift erhält ihre endgültige Fassung mit Bestätigung in der darauffolgenden Sitzung.

Hans-Dieter Bromberg  
Vorsitzende/r

Birgit Synakewicz  
Schriftführer/in